

US-Kongress: Beide US-Gesetzgebungskammern beschließen gemeinsamen Entwurf zur US-Steuerreform

Wie bereits letzte Woche berichtet, befindet sich die US-Steuerreform auf der Zielgeraden des Gesetzgebungsverfahrens und steht kurz vor dem Abschluss. Nachdem beide Kammern des Kongresses – Repräsentantenhaus und Senat – dem vereinten Entwurf zugestimmt haben, steht nun lediglich die Unterschrift von Präsident Trump aus. Diese wird wegen haushalterischer Spezialregelungen eventuell erst im neuen Jahr erfolgen. Im Folgenden sollen die wesentlichen Neuregelungen kurz skizziert werden.

Als aus Sicht der Wirtschaft grundsätzlich positive Regelungen sind zu nennen:

- **Steuersatzsenkung:** Zunächst wird der im internationalen Vergleich sehr hohe Körperschaftsteuersatz von 35 % auf 21 % gesenkt. Unter Einbezug der durchschnittlichen State and Local Taxes lag die Belastung bisher bei 38,9 % und beträgt nun 25,75 %. Damit liegt die steuerliche Belastung in vielen Bundesstaaten sogar unter dem Niedrigsteuersatz des AStG, in anderen aber auch darüber. Hier wird eine Prüfung im Einzelfall erforderlich sein.
- **Dividendenrepatriierung:** Die Repatriierung ausländischer Gewinne wird durch eine fiktive Ausschüttung ermöglicht bzw. erzwungen. Der Steuersatz hierfür beträgt 15,5 % für liquide Aktiva und 8 % für sonstige Aktiva.
- **Territoriales Steuersystem:** Zeitgleich wird ein territoriales Besteuerungssystem eingeführt. Künftig sind ausländische Dividenden zu 100 % steuerfrei, wenn an der ausschüttenden ausländischen Gesellschaft während eines Zeitraums von 731 Tagen für mehr als 365 Tagen eine US-Gesellschaft zu mehr als 10 % beteiligt ist.
- **Sofortabschreibung von Investitionen:** Um einen Anreiz für Investitionen und Wachstum zu setzen, sollen ab 27.09.2017 bis Ende 2022 angeschaffte qualifizierende abnutzbare Wirtschaftsgüter sofort in voller Höhe abgeschrieben werden können. Bis zum 31.12.2026 wird diese Regelung dann in jährlichen Schritten zu 20 % wieder vollständig abgeschafft.
- **FDII:** Die Regelung zum „foreign-derived intangible income“ sieht einen Sonderabzug von 37,5 % für Einkünfte vor, die eine US-Gesellschaft durch den Verkauf, die Vermietung oder die Lizenzierung von in den USA belegenen Wirtschaftsgütern an ausländische Personen/Unternehmen erzielt. Ebenfalls begünstigt werden Dienstleistungen, die an ausländische Personen/Unternehmen erbracht werden. Dem Vernehmen nach hält das BMF diese Regelung für ein Präferenzregime im Sinne von § 4j EStG.

Wie bei jeder großen Steuerreform, die erhebliche Vorteile für die steuerpflichtigen Unternehmen gewährt, bedürfen diese einer Gegenfinanzierung. In dem Gesetzentwurf sind die folgenden Missbrauchsmaßnahmen vorgesehen, wobei die **Alternativ Minimum Tax (AMT)** im Gegenzug für Unternehmen abgeschafft wurde:

- **Zinsschranke:** Wie in Deutschland dürfen Nettozinsaufwendungen lediglich bis zur Höhe von 30 % des sog. adjusted taxable income abgezogen werden.

Dieses ist in den Steuerjahren 2017 bis 2021 in etwa dem EBITDA vergleichbar, in den Folgejahren entspricht es eher dem EBIT, so dass ab diesem Zeitpunkt weniger Zinsaufwand abziehbar sein wird. Der zunächst vorgesehene weltweite Gruppenvergleich, der – anders als in Deutschland – zu einer weiteren Einschränkung des auf 30 % beschränkten Zinsabzugs geführt hätte, wurde aus dem Entwurf entfernt.

- **Hybrid-Regelung:** Enthalten ist auch eine Regelung zur Verhinderung von hybriden Gestaltungen, die sowohl Zins- als auch Lizenzzahlungen erfasst.
- **BEAT:** Die „base erosion and anti-abuse tax“ sieht eine Pflicht zur Erstellung einer alternativen Steuerberechnung vor. Wenn diese zu einer höheren Steuerlast führt, gilt der „Mindestbesteuerungstest“ als nicht bestanden und der Steuerpflichtige muss den höheren Betrag zahlen. Hierzu ermittelt die US-Gesellschaft zunächst ihre reguläre Steuerlast. Erhält sie Leistungen von ausländischen Konzerngesellschaften und überschreitet ihr Umsatz im Durchschnitt der letzten drei Jahre den Betrag von 500 Mio. USD, muss sie sodann für ein nach dem 31.12.2017 beginnendes Wirtschaftsjahr eine Alternativrechnung erstellen. Ferner müssen die „schädlichen Aufwendungen“ oder „Base Erosion Payments (BEPs)“ – Zahlungen für Dienstleistungen, Lizenzen, Zinsen, Abschreibungen auf erworbene Wirtschaftsgüter – zumindest 3 % der Kosten der US-Gesellschaft betragen. Zur Durchführung der Alternativrechnung werden Zahlungen für die o.g. immateriellen Leistungen dem regulär ermittelten steuerpflichtigen Einkommen hinzugerechnet. Zahlungen für bezogene Waren (cost of goods sold) sind von diesem „modified taxable income“ grundsätzlich nicht hinzuzurechnen. Dienstleistungen, die zulässigerweise nach der US Services Cost Method zu Kosten (ohne Gewinnelement) berechnet wurden, können ebenfalls von einer Hinzurechnung ausgenommen werden. Auf Basis dieser modifizierten Bemessungsgrundlage wird eine alternative Steuer berechnet. Hierzu sind die folgenden Steuersätzen anzuwenden: 5 % für 2018, 10 % zwischen 2018 und 2025 und 12,5% ab 2026. Ist die resultierende Steuer höher als die regulär ermittelte, so ist der Differenzbetrag als Mindeststeuer („base erosion minimum tax amount“) zu entrichten.
- **GILTI:** Für „Global intangible low-taxed income“ (ausländische Einkommen, die eine Routinerendite übersteigen) wird künftig ein US-Steuersatz von 10,5 % erhoben. Allerdings können 80 % der im Ausland (durchschnittlich) gezahlten Steuern angerechnet werden, sodass die Besteuerung in den USA erst unterhalb eines ausländischen Steuersatzes von 13,125 % eingreift. Ab 2026 steigt der GILTI-Steuersatz auf 13,125 %.
- **Mindestgewinnbesteuerung und Verlustvortrag:** Die Verlustnutzung wird auf 80 % des zu versteuernden Einkommens beschränkt. Verlustvorträge werden zeitlich unbegrenzt zugelassen. Die Möglichkeit zum Verlustrücktrag wird abgeschafft.

OECD: Musterabkommen 2017 veröffentlicht

Die OECD hat eine überarbeitete Version ihres [Musterabkommens](#) veröffentlicht. Darin spiegeln sich insbesondere die im Rahmen des BEPS-Projekts vereinbarten, abkommensrelevanten Maßnahmen wider, insbesondere mit Blick auf Aktionspunkt 2 (Neutralising the Effects of Hybrid Mismatch Arrangements), Aktionspunkt 6 (Preventing the Granting of Treaty Benefits in Inappropriate Circumstances), Aktionspunkt 7 (Preventing the Artificial Avoidance of Permanent Establishment Status) sowie Aktionspunkt 14 (Making Dispute Resolution More Effective).

EuGH: Generalanwalt stellt sich gegen den Beschluss der Kommission zur Sanierungsklausel des § 8c Abs. 1a KStG

Die Sanierungsklausel gem. § 8c Abs. 1a KStG wurde vom deutschen Gesetzgeber im Rahmen des „Bürgerentlastungsgesetzes 2009“ mit rückwirkender Anwendung ab 01.01.2008 ins Gesetz eingefügt. Danach gehen Verlustvorträge bei einem schädlichen Anteilseignerwechsel nicht unter, sofern der Beteiligungserwerb der Sanierung des Unternehmens dient.

Im Februar 2010 hatte die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet, da die Sanierungsklausel Unternehmen in Schwierigkeiten gegenüber finanziell gesunden Unternehmen begünstige. Mit Beschluss vom 26.01.2011 hatte die Kommission schließlich die Klausel als europarechtswidrige Beihilfe beurteilt und Deutschland angewiesen, die gewährten Steuervorteile von den Begünstigten zurückzufordern.

Gegen den Beschluss erhoben die Bundesregierung und weitere private Unternehmen Nichtigkeitsklagen. Die Klage der Bundesregierung wurde allerdings nicht fristgerecht eingereicht und deshalb abgewiesen (EuG vom 18.12.2012, T-205/11, bestätigt mit Beschluss des EuGH vom 03.07.2014, [C-102/13 P](#)).

Zu den Klagen der Unternehmen hatte das Europäische Gericht (EuG) in der Sache selbst zu entscheiden. Mit zwei Urteilen vom 04.02.2016 hat das EuG die Klagen abgewiesen und die Sichtweise der Kommission bestätigt.

Die Klägerinnen (zwei Kapitalgesellschaften, die in 2009 mehr als 50 % ihrer Anteile zu Sanierungszwecken übertragen) hatten jeweils vor der Anteilsübertragung eine verbindliche Auskunft erhalten, die die Anwendung der Sanierungsklausel bestätigte. Mit Eröffnung des Vertragsverletzungsverfahrens durch die Kommission wurden die verbindlichen Auskünfte widerrufen und die Sanierungsklausel in der Veranlagung nicht angewendet.

Streitentscheidend ist die Frage, ob es sich bei der Sanierungsklausel um eine selektive Maßnahme handelt. Die Klägerinnen argumentierten, dass die unbegrenzte Vortragsfähigkeit von Verlusten die Regel und der Verlustuntergang die Ausnahme sei. Die Sanierungsklausel stelle nur die Rückausnahme zum Verlustuntergang dar und führe lediglich zur Anwendung der Grundregel. Das EuG folgte hingegen der Argumentation der Kommission, die den Verlustuntergang bei

schädlichem Anteilseignerwechsel als Regel und die Sanierungsklausel als begünstigende Ausnahme von der Regel erachtet.

Die betroffenen Unternehmen und die Bundesrepublik Deutschland haben Rechtsmittel eingelegt, um die EuG-Entscheidung vom EuGH abschließend prüfen zu lassen.

In einem der beim EuGH anhängigen Rechtsmittelverfahren verkündete Generalanwalt Nils Wahl nunmehr seine Schlussanträge vom 20.12.2017 ([C-203/16 P](#)). Hinsichtlich der Klagebefugnis sei die Frage maßgeblich, ob der Kläger zu einer geschlossenen Gruppe gehöre, die im Licht besonderer Eigenschaften, die sie von anderen unterscheidet, bestimmbar sei. Im vorliegenden Fall habe die Klägerin durch eine verbindliche Auskunft und durch einen Vorauszahlungsbescheid für Körperschaftsteuer konkret die Voraussetzungen für eine Anwendung der Sanierungsklausel erfüllt. Sie sei damit individuell betroffen und klagebefugt.

In Bezug auf die Selektivität kommt der Generalanwalt zu dem Schluss, dass es sich bei dem Verlustvortrag um die allgemeine Regelung handle. Die Sanierungsklausel stelle nur den Normalfall wieder her und sei insofern nicht selektiv.

Bis zur finalen Klärung der Europarechtskonformität der Sanierungsklausel ist ihre Anwendung nach § 34 Abs. 6 KStG ausgesetzt.

EuGH: Treaty-Shopping-Regelung des § 50d Abs. 3 EStG 2007 mit EU-Recht unvereinbar

Der EuGH hat mit Urteil vom 20.12.2017 ([C-504/16](#) und [C-613/16](#)) entschieden, dass der bis zum Veranlagungszeitraum 2011 anwendbare § 50d Abs. 3 EStG (i.d.F. des JStG 2007) nicht mit EU-Recht vereinbar ist.

Das FG Köln hatte dem EuGH mit Vorlagebeschlüssen vom 08.07.2016 ([2 K 2995/12](#), C-504/16) und vom 31.08.2016 ([2 K 721/13](#), C-613/16) die Frage nach der Vereinbarkeit des § 50d Abs. 3 EStG 2007 mit EU-Recht zur Vorabentscheidung vorgelegt. Die Bedenken des FG Köln beziehen sich zum einen auf eine etwaige Beschränkung der europäischen Niederlassungsfreiheit, zum anderen auf einen möglichen Verstoß gegen die Mutter-Tochter-Richtlinie.

Nach § 50d Abs. 3 EStG 2007 hat eine ausländische Gesellschaft keinen Anspruch auf völlige oder teilweise Entlastung von Quellensteuer aufgrund einer Richtlinie oder eines DBA, soweit Personen an ihr beteiligt sind, denen die Erstattung oder Freistellung nicht zustände, wenn sie die Einkünfte unmittelbar erzielen. Dies gilt nur dann nicht, wenn u.a. folgende Bedingungen kumulativ erfüllt sind: (1) für die Zwischenschaltung der ausländischen Gesellschaft mussten wirtschaftliche oder sonst beachtliche Gründe vorliegen; (2) die ausländische Gesellschaft musste mindestens 10 % ihrer gesamten Bruttoerträge des betreffenden Wirtschaftsjahres aus eigener Wirtschaftstätigkeit erzielen und (3) die ausländische Gesellschaft musste mit einem für ihren Geschäftszweck angemessenen eingerichteten Geschäftsbetrieb am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr teilnehmen.

In beiden Vorlagefällen ging es um die Entlastung von Kapitalertragsteuer auf von inländischen Kapitalgesellschaften bezogene Gewinnausschüttungen nach Art. 5 der Mutter-Tochter-Richtlinie. Die Klägerin im Fall C-613/16 (Deister Holding), eine in den Niederlanden ansässige Kapitalgesellschaft, war an einer deutschen, operativ tätigen GmbH mit 26,5 % beteiligt. Ihr Alleingesellschafter war eine in Deutschland ansässige, natürliche Person. Zwar verfügte die Klägerin über eigene Büroräume und Personal, übte jedoch als reine Holdinggesellschaft keine eigene Wirtschaftstätigkeit i.S.d. § 50d Abs. 3 EStG 2007 aus. Die Klägerin im Fall C-613/16 (Juhler Holding), eine in Dänemark ansässige zu 100 % an einer deutschen Tochter-GmbH beteiligte Holding, ist selbst an zahlreichen europäischen Tochtergesellschaften beteiligt. Bei ihr sind keine Arbeitnehmer beschäftigt, sie verfügt auch über keine Geschäftsräume, war aber mit Kontrollaufgaben im Konzern betraut.

Nach dem Urteil des EuGH verletzt § 50d Abs. 3 EStG 2007 die Mutter-Tochter-Richtlinie. Art. 5 Abs. 1 der Mutter-Tochter-Richtlinie stelle zur Vermeidung der Doppelbesteuerung das grundsätzliche Verbot auf, von einer in einem Mitgliedstaat niedergelassenen Tochtergesellschaft an ihre in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassene Muttergesellschaft ausgeschüttete Gewinne einem Steuerabzug an der Quelle zu unterwerfen. Die Mitgliedstaaten könnten nicht einseitig restriktive Maßnahmen einführen und den in Art. 5 Abs. 1 vorgesehenen Anspruch auf Quellensteuerbefreiung von diversen Bedingungen abhängig machen. Nach Art. 1 Abs. 2 der Mutter-Tochter-Richtlinie werde den Mitgliedstaaten als eng auszulegende Ausnahme lediglich die Möglichkeit eingeräumt, einzelstaatliche oder vertragliche Bestimmungen zur Verhinderung von Steuerhinterziehungen und Missbräuchen anzuwenden. Solche Maßnahmen müssten jedoch geeignet sein, dieses Ziel zu erreichen, und dürfen auch nicht über das dazu Erforderliche hinausgehen.

Die im Ausgangsverfahren streitige Vorschrift bezwecke allerdings nicht speziell, von der Inanspruchnahme eines Steuervorteils rein künstliche Konstruktionen auszuschließen, die auf die ungerechtfertigte Nutzung dieses Vorteils ausgerichtet sind, sondern erfasse generell jede Situation, in der Personen an einer gebietsfremden Muttergesellschaft beteiligt sind, denen eine solche Befreiung nicht zustände, wenn sie die Gewinnausschüttungen unmittelbar bezögen. Bei der Prüfung, ob ein Vorgang Steuerhinterziehung und Missbrauch als Beweggrund hat, müssen die zuständigen nationalen Behörden den Vorgang als Ganzes individuell prüfen. Eine generelle Steuervorschrift, mit der bestimmte Gruppen von Steuerpflichtigen automatisch vom Steuervorteil ausgenommen werden, ohne dass die Steuerbehörde auch nur einen Anfangsbeweis oder ein Indiz für die Steuerhinterziehung oder den Missbrauch beizubringen hätte, ginge über das zur Verhinderung von Steuerhinterziehungen und Missbräuchen Erforderliche hinaus.

Schließlich hält der EuGH auch die drei Substanzanforderungen, ob einzeln oder zusammen betrachtet, für nicht geeignet, einen Missbrauch der Mutter-Tochter-Richtlinie zu begründen. Hinsichtlich der Anforderung an eine eigene wirtschaftliche Tätigkeit weist der EuGH darauf hin, dass die Richtlinie keine Anforderungen an die Tätigkeit der Muttergesellschaft und die Höhe ihrer Einnahmen aufstellt.

Zudem erzeuge § 50d Abs. 3 EStG 2007 nach dem Urteil des EuGH eine Ungleichbehandlung, die per se geeignet sei, eine gebietsfremde Muttergesellschaft davon abzuhalten, in Deutschland durch eine dort niedergelassene Tochtergesellschaft wirtschaftlich tätig zu werden (Niederlassungsfreiheit). Eine Rechtfertigungsgrund dafür konnten die Richter nicht erkennen.

Hinweis: Das FG Köln bestätigte mit einem weiteren Beschluss vom 17.05.2017 ([2 K 773/16](#); EuGH, C-440/17) seine Zweifel auch für die seit dem 01.01.2012 geltende Fassung des § 50d Abs. 3 EStG. Die deutlich entschärfte Regelung des § 50d Abs. 3 EStG führt mit Wirkung zum 01.01.2012 zu einer quotalen Versagung der Entlastung, soweit sog. schädliche Erträge vorliegen. Die Vorschrift knüpft aber wiederum an die Kriterien „Erträge aus eigener Wirtschaftstätigkeit“ bzw. die Gründe für die Einschaltung der ausländischen Gesellschaft und das Vorhandensein eines angemessenen Geschäftsbetriebs an. Vor dem Hintergrund der nun vorliegenden Entscheidung zu § 50d Abs. 3 EStG 2007 könnte auch die aktuelle Fassung von § 50d Abs. 3 EStG gegen EU-Recht verstoßen. Dies hat der EuGH noch zu entscheiden.

BFH: Verzögerte Registereintragung eines Gewinnabführungsvertrags

Der BFH hatte im Urteil vom 23.08.2017 ([I R 80/15](#)) darüber zu entscheiden, ob eine sachliche Unbilligkeit vorliegen kann, wenn eine Körperschaftsteuerrechtliche Organschaft infolge einer verzögerten Eintragung des Gewinnabführungsvertrags in das Handelsregister erst in dem auf das Jahr der Handelsregisteranmeldung folgenden Jahr steuerlich wirksam wird.

In dem zugrunde liegenden Sachverhalt schloss die Klägerin, eine GmbH, am 18.03.2006 mit ihrer – zu diesem Zeitpunkt – alleinigen Gesellschafterin, der A-GmbH als Organträgerin, einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag (BGAV). Darin wurde vereinbart, dass die Verpflichtung zur Gewinnabführung erstmals für das Geschäftsjahr 2006 gelten soll. Der BGAV wurde mit notariell beglaubigter Registeranmeldung vom 18.09.2006 zur Eintragung in das Handelsregister beim zuständigen Amtsgericht angemeldet. Die Anmeldung ging dort am 24.10.2006 ein. Die Eintragung des BGAVs in das Handelsregister erfolgte – aufgrund einer Verkettung verschiedener Umstände – erst am 26.01.2007. Am 14.06.2007 wurde zwischen der A-GmbH und der Klägerin eine Nachtragsvereinbarung zum Gewinnabführungsvertrag geschlossen, in der die Mindestlaufzeit des Vertrags bis zum 31.12.2011, 24 Uhr, festgelegt wurde. Die Änderung wurde am 01.08.2007 in das Handelsregister eingetragen.

Das Finanzamt behandelte die von der Klägerin in 2006 erklärte Gewinnabführung als vGA und setzte gegenüber der Klägerin entsprechend Körperschaftsteuer fest. Die nach erfolglosem Einspruch erhobene Klage wurde vom FG Baden-Württemberg als unbegründet abgewiesen. Bereits am 29.08.2008 hatte die Klägerin beim Finanzamt den Antrag gestellt, die Körperschaftsteuerfestsetzung wegen Unbilligkeit aufzuheben. Dieser Antrag wurde seitens des Finanzamts abgelehnt. Einspruch und Klage blieben ohne Erfolg.

Nunmehr hat der BFH das Urteil des Finanzgerichts bestätigt, wonach das Finanzamt nicht verpflichtet sei, die Körperschaftsteuer für den Veranlagungszeitraum 2006 aus Billigkeitsgründen auf € 0 festzusetzen. Die Festsetzung einer Steuer wäre aus – im Streitfall allein streitigen – sachlichen Gründen nur dann unbillig gewesen, wenn sie zwar dem Wortlaut des Gesetzes entsprochen hätte, aber den Wertungen des Gesetzes zuwiderlaufe. Voraussetzung hierfür sei, dass der Gesetzgeber die Grundlagen für die Steuerfestsetzung anders als tatsächlich geschehen geregelt hätte, wenn er die zu beurteilende Frage als regelungsbedürftig erkannt hätte. Eine für den Steuerpflichtigen ungünstige Rechtsfolge, die der Gesetzgeber bewusst angeordnet oder in Kauf genommen habe, rechtfertige dagegen keine Billigkeitsmaßnahme.

Der klare Wortlaut von § 17 S. 1, § 14 Abs. 1 S. 2 KStG 2002 bestimme, dass eine Zurechnung des Einkommens einer Organgesellschaft erstmalig für das Kalenderjahr erfolgt, in dem das Wirtschaftsjahr der Organgesellschaft endet, in dem der Gewinnabführungsvertrag wirksam wird, d.h. mit Zeitpunkt der Eintragung des Gewinnabführungsvertrags in das Handelsregister. Nur dies entspreche offensichtlich dem Willen des Gesetzgebers. Bewusst habe er die Wirkungen und Umstände des jeweiligen Einzelfalls – im Rahmen einer verfassungsrechtsrechtlich zulässigen Typisierungsbefugnis – unberücksichtigt gelassen und allein auf die Registereintragung abgestellt. Der für eine sachliche Billigkeitsmaßnahme erforderliche Gesetzesüberhang über die Wertungen des Gesetzgebers liege damit – auch bei einer verzögerten Bearbeitung des Eintragungsantrags durch eine andere Behörde, wie hier dem Registergericht – nicht vor.

BFH: Insolvenzbedingter Ausfall einer privaten Darlehensforderung als Verlust bei den Einkünften aus Kapitalvermögen

Der endgültige Ausfall einer Kapitalforderung führt nach Einführung der Abgeltungsteuer zu einem steuerlich anzuerkennenden Verlust in der privaten Vermögenssphäre. Dies hat der BFH mit Urteil vom 24.10.2017 ([VIII R 13/15](#)) für den Fall der Insolvenzeröffnung beim Darlehensnehmer zu Einkünften aus Kapitalvermögen nach § 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG entschieden.

Im Urteilsfall gewährte der Kläger einem Dritten in 2010 ein verzinsliches Darlehen. Seit August 2011 erfolgten keine Rückzahlungen mehr. Über das Vermögen des Darlehensnehmers wurde das Insolvenzverfahren eröffnet. Der Kläger meldete die noch offene Darlehensforderung zur Insolvenztabelle an und machte den Ausfall der Darlehensforderung als Verlust bei den Einkünften aus Kapitalvermögen geltend. Dem folgten Finanzamt und Finanzgericht nicht.

Die Revision hiergegen hatte Erfolg. Der BFH hob das finanzgerichtliche Urteil auf und verwies die Sache an das Finanzgericht zurück. Mit der Einführung der Abgeltungsteuer seit 2009 soll eine vollständige steuerrechtliche Erfassung aller Wertveränderungen im Zusammenhang mit Kapitalanlagen erreicht werden. Damit wird die traditionelle Trennung von Vermögens- und Ertragsebene für Einkünfte aus Kapitalvermögen aufgegeben. In der Folge dieses Paradigmenwechsels führt der endgültige Ausfall einer Kapitalforderung i.S. des § 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG zu einem gemäß § 20 Abs. 2 S. 1 Nr. 7, S. 2, Abs. 4 EStG steuerlich zu berücksichtigenden Verlust. Insoweit ist nunmehr eine Rückzahlung der Kapitalfor-

derung, die – ohne Berücksichtigung der in § 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG gesondert erfassten Zinszahlungen – unter dem Nennwert des hingegebenen Darlehens bleibt, dem Verlust bei der Veräußerung der Forderung gleichzustellen.

Wie die Veräußerung ist nach dem Urteil des BFH auch die Rückzahlung ein Tatbestand der Endbesteuerung. Danach liegt ein steuerbarer Verlust aufgrund eines Forderungsausfalls erst dann vor, wenn endgültig feststeht, dass (über bereits gezahlte Beträge hinaus) keine (weiteren) Rückzahlungen (mehr) erfolgen werden. Die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Schuldners reicht hierfür in der Regel nicht aus. Etwas anderes gilt, wenn die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wird oder aus anderen Gründen feststeht, dass keine Rückzahlung mehr zu erwarten ist. Hierzu hat das Finanzgericht in einem zweiten Rechtsgang weitere Feststellungen zu treffen.

Inwieweit diese Grundsätze auch für einen Forderungsverzicht oder etwa den Verlust aus der Auflösung einer Kapitalgesellschaft gelten, hatte der BFH nicht zu entscheiden. Auch in diesem Bereich dürfte jedoch die mit der Abgeltungsteuer eingeführte Quellenbesteuerung die traditionelle Beurteilung von Verlusten beeinflussen.

51

22.12.2017

Urteile und Schlussanträge des EuGH bis zum 15.12.2017

Aktenzeichen	Datum	Stichwort
C-382/16	14.12.2017	Vorlage zur Vorabentscheidung – Niederlassungsfreiheit – Direkte Steuern – Anwendung von Transferpreisen auf Geschäfte zwischen gebietsansässigen und gebietsfremden Gesellschaften

Alle am 20.12.2017 veröffentlichten Entscheidungen des BFH (V)

Aktenzeichen	Entscheidungsdatum	Stichwort
I R 80/15	23.08.2017	Organschaft: Keine sachliche Unbilligkeit bei verzögerter Registereintragung
I R 87/15	19.07.2017	Unionsrechtlicher Prüfungsmaßstab für § 8b Abs. 6 Nr. 1 KStG 1999 a.F. bei Steuerfreistellung nach DBA
VI R 53/15	04.10.2017	Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung; Verjährungsfrist
VII R 40/16	26.09.2017	Geschäftsführerhaftung für Einfuhrumsatzsteuer nach Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters - Grundsatz der anteiligen Tilgung
VIII R 13/15	24.10.2017	Insolvenzbedingter Ausfall einer privaten Darlehensforderung als Verlust bei den Einkünften aus Kapitalvermögen siehe auch: Pressemitteilung Nr. 77/17 vom 20.12.2017
X K 3-7/16	12.07.2017	Entschädigungsklage: Wahrung der Klagefrist, Bestimmtheit des Zahlungsantrags auf Geldentschädigung

Alle am 20.12.2017 veröffentlichten Entscheidungen des BFH (NV)

Aktenzeichen	Entscheidungsdatum	Stichwort
IV R 17/15	28.09.2017	Einspruchsbefugnis eines Gesellschafters bei Streit über die Höhe eines Entnahmegewinns
I B 126/16	23.08.2017	Hinterlegungsfrist für Tatbestand und Entscheidungsgründe

51

22.12.2017

Aktenzeichen	Entscheidungsdatum	Stichwort
IV R 51/15	28.09.2017	Berücksichtigung von Anschaffungskosten eines Oberpersonengesellschafters für den Erwerb des Anteils nach Umwandlung der Unterpersongesellschaft
X S 9/17 (PKH)	19.10.2017	Frist zum Nachweis der Mittellosigkeit bei PKH für eine erhobene oder noch zu erhebende Entschädigungsklage
VI R 5/16	04.10.2017	Regelmäßige Arbeitsstätte eines Klärwärters der Stadtbetriebe
VII B 148/17	26.09.2017	Erhebung der Milchabgabe nach der VO (EG) Nr. 1234/2007
VIII R 13/16	29.08.2017	Einordnung von Einkünften aus einem Schneeballsystem zu einer ausländischen Kapitalgesellschaft

Alle bis zum 22.12.2017 veröffentlichten Erlasse

Aktenzeichen	Datum	Stichwort
III C 3 - S 7155-a/17/10001	22.12.2017	Steuerfreie Umsätze für die Luftfahrt (§ 4 Nr. 2, § 8 Abs. 2 UStG; Abschnitt 8.2 UStAE)
IV C 1 - S 2405/0 :008	19.12.2017	Einzelfragen zur Abgeltungsteuer; Ergänzung des BMF-Schreiben vom 18. Januar 2016 (BStBl I S. 85); Beschränkung der Abstandnahme vom Kapitalertragsteuerabzug bei Vorlage eines Feststellungsbescheides nach § 60a AO
III C 3 - S 7103-a/15/10001	14.12.2017	Umsatzsteuer; Grenzüberschreitende Warenlieferungen in ein inländisches sog. Konsignationslager; BFH-Urteile vom 20. Oktober 2016, V R 31/15, und vom 16. November 2016, V R 1/16

Herausgeber

WTS Steuerberatungsgesellschaft mbH

www.wts.com/de • info@wts.de

Redaktion

Dr. Martin Bartelt, Georg Geberth, Lothar Härteis, Stefan Hölzemann

Düsseldorf

Michael Wild
Peter-Müller-Straße 18
40468 Düsseldorf
T: +49 (0) 211 200 50-5
F: +49 (0) 211 200 50-950

Erlangen

Andreas Pfaller
Allee am Rötelheimpark 11-15
91052 Erlangen
T: +49 (0) 9131 97002-11
F: +49 (0) 9131 97002-12

Frankfurt

Dr. Franz Angermann
Robert Welzel
Taunusanlage 19
60325 Frankfurt/Main
T: +49 (0) 69 133 84 56-0
F: +49 (0) 69 133 84 56-99

Hamburg

Eva Doyé
Brandstwiete 4
20457 Hamburg
T: +49 (0) 40 320 86 66-0
F: +49 (0) 40 320 86 66-29

Kolbermoor (Rosenheim)

Andreas Ochsner
Carl-Jordan-Straße 18
83059 Kolbermoor
T +49 (0) 8031 87095-0
F: +49 (0) 8031 87095-250

Köln

Stefan Hölzemann
Sachsenring 83
50677 Köln
T: +49 (0) 221 348936-0
F: +49 (0) 221 348936-250

München

Lothar Härteis
Thomas-Wimmer-Ring 1-3
80539 München
T: +49(0) 89 286 46-0
F: +49 (0) 89 286 46-111

Regensburg

Andreas Schreib
Lilienthalstraße 7
93049 Regensburg
T: +49 (0) 941 383 873-128
F: +49 (0) 941 383 873-130

Stuttgart

Ingo Weber
Büchsenstraße 10
70173 Stuttgart
T: +49 (0) 711 6200749-0
T: +49 (0) 711 6200749-99

Diese WTS-Information stellt keine Beratung dar und verfolgt ausschließlich den Zweck, ausgewählte Themen allgemein darzustellen. Die hierin enthaltenen Ausführungen und Darstellungen erheben daher weder einen Anspruch auf Vollständigkeit noch sind sie geeignet, eine Beratung im Einzelfall zu ersetzen. Für die Richtigkeit der Inhalte wird keine Gewähr übernommen. Im Falle von Fragen zu den hierin aufgegriffenen oder anderen fachlichen Themen wenden Sie sich bitte an Ihren WTS-Ansprechpartner oder an einen der oben genannten Kontakte.